

**ONLINE-PUBLIKATION**

Felix Syrovatka

# Die Krise der französischen Gewerkschaften

Warum sie im Wahljahr 2017  
politisch so schwach wie  
selten zuvor sind

**ROSA  
LUXEMBURG  
STIFTUNG**

FELIX SYROVATKA studierte Politikwissenschaften in Marburg, Rennes (Frankreich) und Berlin.  
Derzeit promoviert er zur europäischen Arbeitsmarktpolitik an der Universität Tübingen.  
Er ist zudem Autor des Buches «Die Reformpolitik Frankreichs in der Krise».

#### IMPRESSUM

ONLINE-Publikation 5/2017

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Henning Heine

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)

ISSN 2567-1235 · Redaktionsschluss: März 2017

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Layout/Satz: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

FELIX SYROVATKA

# DIE KRISE DER FRANZÖSISCHEN GEWERKSCHAFTEN

WARUM SIE IM WAHLJAHR 2017 POLITISCH SO SCHWACH WIE SELTEN ZUVOR SIND

## EINLEITUNG

Die Bilder brennender Barrikaden gingen 2016 um die Welt: Französische GewerkschafterInnen blockierten aus Protest gegen Präsident François Hollandes Arbeitsrechtsreform Erdölraffinerien im ganzen Land. Phillipe Martinez, Chef der größten französischen Gewerkschaft CGT (Confédération générale du travail), warf einen Autoreifen auf eine brennende Barrikade – Symbol für den Konfrontationskurs der Gewerkschaften gegen die sozialistische Regierung. Bei deutschen BeobachterInnen mochten Vorstellungen von starken, militanten und wehrhaften französischen Gewerkschaften wieder aufleben, doch die Stärke und Militanz vermittelnden Bilder aus dem letzten Sommer überdeckten, wie es um die französischen Gewerkschaften wirklich bestellt ist.

Die französische Gewerkschaftsbewegung befindet sich in ihrer größten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg. Mitgliederverlust, Zersplitterung und fundamentale Auseinandersetzungen über die strategische Orientierung haben die Gewerkschaften in der Vergangenheit enorm geschwächt. Aufgrund ihres geringen Organisationsgrads und der nur schwach ausgeprägten betrieblichen Verankerung fällt es ihnen schwer, die Interessen der Beschäftigten außerhalb von großen (ehemaligen) Staatsbetrieben und der Staatsbürokratie zu vertreten. Zugleich fehlen den Gewerkschaften Antworten auf die arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitischen Herausforderungen des Landes. Ihre politischen Kämpfe sind oftmals Verteidigungskämpfe, die über ein Festhalten an bestehenden Strukturen nur selten hinausgehen. Dies hat dazu geführt, dass die Position der französischen Gewerkschaften im politischen System geschwächt ist und sie an gesellschaftlicher Gestaltungsmacht verloren haben.

Die Krise der französischen Gewerkschaften dauert nun schon viele Jahre an und ist Resultat eines langwierigen Prozesses, der eng mit den allgemeinen wirtschaftspolitischen Veränderungen in Frankreich seit den 1980er Jahren verknüpft ist.

## HERAUSBILDUNG INDUSTRIELLER BEZIEHUNGEN NACH DEM ZWEITEN WELTKRIEG

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren die Gewerkschaften am Wiederaufbau des zerstörten Frankreichs beteiligt und prägten das politische System mit. Die starke Stellung der Arbeiterklasse leitete sich vor allem aus ihrer wichtigen Rolle in der Résistance ab, wurde begünstigt durch eine allgemeine antikapitalistische Grundstimmung und manifestierte sich in mächtigen Gewerkschaften und einer gut organisierten und verankerten Kommunistischen Partei. Die Entwicklung des französischen Kapitalismusmodells nach 1945 resultierte in erheblichem Maß aus dem Zusammenspiel der Gewerkschaften und einer staatlichen Elite, die beide ein grundlegendes Misstrauen gegenüber der freien Wirtschaft und den Kapitalakteuren hegten (Syrovatka 2016a: 44). Die sukzessive Einführung des französischen Sozialstaats (*securité sociale*) ab den 1950er Jahren, die Verstaatlichungen und die starke Regulation der Güter- und Finanzmärkte (*dirigisme*), die Durchsetzung einer wirtschaftlichen Steuerung (*planification*) sowie die Industrieförderung (*colbertisme*) waren die zentralen Pfeiler eines drei Jahrzehnte prosperierenden ökonomischen Systems.

Das tiefe Misstrauen der Gesellschaft gegenüber den Unternehmern speiste sich aus der Rolle, die das französische Kapital bis zur Gründung der V. Republik 1958 gespielt hat. Der französische Kapitalismus war primär durch Familienbetriebe geprägt, deren Eigentümer die Arbeiterbewegung häufig mit Gewalt bekämpften, sich durch Paternalismus, sozialen Konservatismus und eine immense Gewerkschaftsfeindlichkeit auszeichneten (Pernot 2010b: 73 ff.). Viele französische Unternehmer kollaborierten im Zweiten Weltkrieg mit den faschistischen Besatzern und dem von ihnen eingesetzten Pétain-Regime, um die Arbeiterschaft besser kontrollieren und sich vor deren Forderungen schützen zu können.<sup>1</sup> Auch nach dem Zweiten Weltkrieg gab sich das soge-

---

<sup>1</sup> 1936 hatte die Volksfrontregierung auf Druck der Arbeiterbewegung zahlreiche Gewerkschaftsforderungen wie die 40-Stunden-Woche oder den zweiwöchigen Jahresurlaub gegen den Widerstand der Unternehmer durchgesetzt. Die damalige Erfahrung sollte die industriellen Beziehungen auch nach dem Zweiten Weltkrieg prägen und den Staat zum ersten Ansprechpartner der Gewerkschaftsbewegung machen.

nannte Patronat autoritär und gegenüber den Gewerkschaften verhandlungsunwillig. Vor allem im Norden und Osten Frankreichs gingen die Arbeitgeber mit Gewalt gegen unbequeme und streikende ArbeiterInnen vor und setzten auch antigewerkschaftliche Milizen zur Bekämpfung von Streiks und Demonstrationen ein.<sup>2</sup>

Dieses Verhalten führte dazu, dass in Frankreich nur wenige soziale Fortschritte durch Verhandlungen erzielt werden konnten. Streiks und Betriebsbesetzungen waren oftmals notwendig, damit sich die Unternehmensleitung überhaupt mit den Gewerkschaften an einen Tisch setzte. Da ein Dialog mit den Arbeitgebern schwierig war, etablierte sich ein System industrieller Beziehungen, in denen der Staat – auch aufgrund seiner allgemein starken Rolle im ökonomischen System Frankreichs – als wichtigster Ansprechpartner der Gewerkschaften fungierte. Soziale Errungenschaften wie die Einführung der Sozialversicherungen, die Einführung von Tarifverträgen, die Anerkennung der Gewerkschaften in den Unternehmen oder auch die Arbeitszeitverkürzung (35-Stunden-Woche) wurden primär von den Gewerkschaften zusammen mit der Regierung und gegen den Widerstand der Arbeitgeber durchgesetzt. So wurde letztendlich der Staat zum zentralen Akteur in den industriellen Beziehungen und zum Regulator von Sozial- und Arbeitsstandards.

Während etwa in der Bundesrepublik Deutschland vor allem die Tarifparteien die Arbeitsbedingungen aushandelten, etablierte sich in Frankreich das Modell eines staatlich dirigierte Kapitalismus, mitsamt eines etatistischen regulierten Systems industrieller Beziehungen. Mit dem Mindestlohn SMIC, den Gehältern im öffentlichen Dienst sowie dem Recht, Tarifverträge auszuweiten und für allgemein verbindlich zu erklären, hatte der Staat eine enorme Macht in der Lohnfindung (Howell 2009: 232). Zudem gab es ab 1950 eine strikte, gesetzlich geregelte Hierarchie zwischen den Verhandlungsebenen, wodurch die nationale Ebene zur zentralen Entscheidungsebene wurde. Druck auf die Regierung, landesweite politische Mobilisierung und nationale Organisationsstrukturen versprachen daher mehr Erfolg für die Gewerkschaften als die direkte Auseinandersetzung mit den Arbeitgebern oder die Schaffung von starken Organisationsstrukturen in den Betrieben. Vereinbarungen in den Betrieben existierten daher bis in die 1980er Jahre hinein außerhalb von großen staatlichen Betrieben de facto nicht. Dadurch bildete sich ein System industrieller Beziehungen heraus, das bis heute durch eine hohe Konfliktintensität bei einem gleichzeitig relativ schwachen betrieblichen Organisationsgrad geprägt ist.

Adressat der oftmals militanten Aktionen wie Betriebsblockaden oder Bosnapping sind daher auch selten die Arbeitgeber, sondern in der Regel der Staat, der als soziale Regulationsinstanz aufgefordert wird, in den Konflikt einzugreifen (Hayes 2012). Vor diesem Hintergrund werden entsprechende Aktionen von der Bevölkerung eher als «produktives Element der Zivilgesellschaft interpretiert [...] denn als nachhaltige Gefährdung der öffentlichen Ordnung» (Artus 2010: 466).

Die Zeit der «Trente Glorieuse», der glorreichen 30 Jahre (1946–1975) des staatlich dirigierte Kapitalismus in Frankreich, wurde zur Hochzeit der französischen Gewerkschaften, mit bis zu 4,5 Millionen Mitgliedern (Adolfatto/Labbé 2012: 143). Die Etablierung eines relativ stabilen Systems industrieller Beziehungen ermöglichte die Durchsetzung zahlreicher Gewerkschaftsforderungen, den Aufbau des Sozialstaats und die Beteiligung der ArbeitnehmerInnen am produzierten Wohlstand. Auch politisch wurden die Gewerkschaften als legitime Vertreter der Arbeitnehmerschaft eingebunden und positionierten sich mit einem Organisationsgrad von mehr als 25 Prozent der französischen ArbeitnehmerInnen als ein zentraler, gestaltender Akteur im politischen System Frankreichs.

## **STRUKTURELLE SCHWÄCHUNG DER GEWERKSCHAFTEN INFOLGE WIRTSCHAFTLICHER TRANSFORMATION**

Mit dem Niedergang des staatlich dirigierte französischen Kapitalismusmodells begann auch die Krise der Gewerkschaftsbewegung. Der neue «Geist des Kapitalismus» (Boltanski/Chiapello 2001) führte auch in Frankreich zu einer Transformation des ökonomischen und politischen Systems und einer geistig-moralischen Wende.

Das fordistische-tayloristische Wirtschaftssystem hatte in Frankreich wie auch in anderen westeuropäischen Staaten Mitte der 1970er Jahre seine Produktivitätsgrenzen erreicht. Die Unternehmen reagierten mit Entlassungen. Zwischen 1974 und 1981 stieg die Arbeitslosigkeit sprunghaft von 2,4 auf 7,4 Prozent an. Doch nicht nur wirtschaftlich, auch ideologisch geriet das fordistische System in die Krise. Aus der Forderung nach Demokratisierung der Betriebe und Selbstverwaltung entwickelte sich Mitte der 1970er Jahre eine radikale Kritik an der dirigistischen Wirtschaftspolitik und dem starken französischen Staat. Vor allem die aus dem ultralinken Spektrum des Maoismus stammenden «Neuen Philosophen» um Bernard-Henri Lévy und André Glucksmann sahen im französischen Interventions- und Planungsstaat eine starke Beschneidung von Freiheit und Selbstverwirklichungsmöglichkeiten des Individuums. Für sie waren der freie Markt und eine liberale Wirtschafts-

---

<sup>2</sup> Die antigewerkschaftlichen Milizen existierten in manchen Betrieben teilweise noch in den 1990er Jahren (vgl. Apel-Müller 1990).

politik Grundbedingungen für individuelle und politische Freiheit (vgl. Glucksmann 1975). Die «Neuen Philosophen» wurden zu den ideologischen Vorkämpfern der neoliberalen Wende in Frankreich.

Etwa zur gleichen Zeit befeuerte die französische Übersetzung von Alexander Solschenizyns Buch «Archipel Gulag» eine breite gesellschaftliche Diskussion über das autoritäre staatssozialistische System in der Sowjetunion. Vor allem die Kommunistische Partei (KPF), aber auch der damals noch kommunistische Gewerkschaftsverband CGT, deren Funktionäre sich nicht von der Sowjetunion distanzieren wollten, verloren in der Öffentlichkeit erheblich an Ansehen. Die CGT wurde dadurch als Gewerkschaft mit gesamtgesellschaftlichem Politikanspruch irreversibel beschädigt und büßte durch hohen Mitgliederverlust einen großen Teil seiner damaligen Organisations- und Diskursmacht ein.<sup>3</sup>

Die Politik reagierte auf die ökonomische und ideologische Krise mit einer Abwendung vom etatistisch-dirigistischen Entwicklungsmodell. Der damalige französische Präsident François Mitterand leitete 1984 eine wirtschaftspolitische Wende und damit zugleich die Transformationsphase des französischen Kapitalismusmodells von einem *state capitalism* zu einem *state-influenced capitalism* ein (Schmidt 2002). Innerhalb weniger Jahre kam es zu einer vollständigen Abkehr von den tragenden Säulen des französischen Kapitalismus der «Trente Glorieuse». Die staatliche Industrieförderung wurde ebenso eingestellt wie die zentrale Wirtschaftsplanung und zugleich wurde der vorher stark reglementierte Finanzsektor vollständig liberalisiert und dereguliert. Die seit den 1950er Jahren verstaatlichten Unternehmen wurden schrittweise privatisiert. Die französische Wirtschaftspolitik unterlag einem fundamentalen Paradigmenwechsel und mit ihr die Machtverteilung in den industriellen Beziehungen, die sich zu Ungunsten der abhängigen Beschäftigten und der Gewerkschaften verschob.

## DIE FRANZÖSISCHEN GEWERKSCHAFTEN OHNE ANTWORT

Der Bruch mit dem fordistischen Entwicklungsmodell hatte enorme Folgen für die soziale und territoriale Entwicklung des Landes. Finanzialisierungs- und Deindustrialisierungsprozesse prägten fortan die französische Wirtschaft. Dies wirkte sich am stärksten im industriellen Norden und Osten des Landes aus, wo die Gewerkschaften sowohl in den Betrieben als auch in den politischen Strukturen gut verankert waren. Obwohl sie erbittert Widerstand leisteten und den Protest organisierten, konnten die Gewerkschaften die zahlreichen Zechen- und Fabrikschließungen in diesen Regionen nicht verhindern. Das hatte nicht nur eine hohe strukturelle Arbeitslosigkeit und eine überdurchschnittlich hohe Armutsrate zur Folge, sondern auch politische Resignation. Viele Mitglieder verließen enttäuscht die Gewerkschaften. Während der Zechen- und Hüttenschließungen gab es oft wilde Streiks und Arbeiterrevolten, jenseits gewerkschaftlicher Organisation. Die Deindustrialisierung zerrüttete nicht nur verschiedene Regionen, sondern auch das lange gewachsene soziale Gefüge der französischen Arbeiterklasse. Mit der Zerschlagung der zentralen Branchen des alten Akkumulationsmodells wurden auch die Hochburgen der Arbeiterbewegung (Bergbau/Stahlverhüttung) geschliffen. Damit verlor die französische Gewerkschaftsbewegung ihre lokale Verankerung und ihre zentralen Organisations- und Mobilisierungsorte.

Die Deindustrialisierung der französischen Wirtschaft war der wichtigste Grund für die Schwächung der französischen Gewerkschaften und dafür, dass sich das Machtverhältnis zugunsten der Arbeitgeber verschob. Mit ihr zerfielen das «proletarische Lager» und seine sozialen Strukturen (Spurk 1986: 258). Die strukturell hohe Arbeitslosigkeit, die Orientierung am Shareholder-Value sowie die Verlagerung von Industriearbeitsplätzen schwächten die strukturellen Machtressourcen der Gewerkschaften gegenüber dem Kapital. Arbeitsplatzunsicherheit, Prekarisierung und zunehmende Leistungsverdichtung schwächten die Marktmacht der Lohnabhängigen strukturell und erhöhten zugleich den Druck auf sie, niedrigere Löhne und schlechtere Arbeitsbedingungen zu akzeptieren. Die Gewerkschaften verloren gesellschaftlichen Einfluss, Mitglieder und Organisationsmacht.

Am deutlichsten zeigte sich die Erosion gesellschaftlichen Einflusses in der radikalen Veränderung der Arbeitsbeziehungen und dem, was Andolfatto/Labbé (2009) den Prozess des *toujour moins* (immer weniger) nennen. Dieser ist eng verbunden mit der Dezentralisierung der Lohnfindung. Ab Mitte der 1980er Jahre zog sich der Staat sukzessive von seiner starken Stellung in den Tarifauseinandersetzungen zwischen den Konfliktpartnern zurück. Über das sogenannte Ayrault-Gesetz von 1984, das Verhandlungen auf der betrieblichen Ebene in Ausnahmefällen erlaubte, wurde die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen schrittweise ausgehöhlt. Ihren vorläufigen Höhepunkt erlebte die Dezentralisierung der Lohnfindung im dem 2016 verabschiedeten «Loi El

3 Zum Machtressourcenansatz vgl. Schmalz/Dörre (2014).

4 Einen guten Überblick über die Transformation des französischen Akkumulationsmodells seit den 1980er Jahren bietet Vail (2010).

Khomri»,<sup>5</sup> das das Günstigkeitsprinzip vollständig abschaffte und die Hierarchie von Tarifvertrag und betrieblichen Vereinbarungen umkehrte (Syrovatka 2016c). Damit wurde die betriebliche Ebene zur zentralen Verhandlungsarena.

Die sich neu strukturierenden industriellen Beziehungen erfordern daher von den Gewerkschaften stärkere Organisationsfähigkeit und eine höhere Präsenz in den Betrieben, wo sie allerdings kaum über funktionierende Organisationsstrukturen verfügen. Zwar hat sich nach Angaben von Pernot (2010a) die Präsenz der Gewerkschaften in Betrieben mit mehr als 20 Angestellten seit Mitte der 2000er Jahre erhöht (1998: 33%; 2005: 38%), doch lässt die Tatsache höherer betrieblicher Präsenz bei gleichzeitig sinkender Mitgliederentwicklung an der Qualität und Dichte gewerkschaftlicher Interessenvertretung in den Betrieben zweifeln. So weisen etwa Hege/Dufour (2009) darauf hin, dass die Betriebsräte oftmals nur eine geringe gewerkschaftliche Bindung aufweisen oder gar keine Gewerkschaftsmitglieder sind. Dadurch sind betriebliche Aktivitäten in den meisten Fällen fast vollständig von den politischen Prozessen in den Gewerkschaftszentralen entkoppelt, was die Koordination von Streik- und Protestaktionen deutlich erschwert.

Der Rückzug des Staats aus den industriellen Beziehungen hat den institutionellen Rahmen der Arbeitsregulierung aufgesprengt. Nicht nur Lohnverhandlungen, sondern auch Regelungen über Arbeitsbedingungen und Arbeitszeiten werden zunehmend auf der betrieblichen Ebene geführt. Zugleich verloren die Gewerkschaften auch ihre Position als erster Ansprechpartner der Regierung und wurden gar zunehmend von den staatlichen Apparaten und Aushandlungsarenen ferngehalten.

Konnte diese institutionelle Schwäche in der ersten Zeit durch Streiks und starke Protestmobilisierungen teilweise kompensiert werden, so zeigten sich die geringer werdenden strukturellen, gesellschaftlichen und organisationalen Machtressourcen in den letzten Jahren immer deutlicher – in der abnehmenden politischen Durchsetzungsmacht und einer geringeren Mobilisierungsfähigkeit ebenso wie in einer immer größer werdenden Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung und einer innerorganisatorischen Fragmentierung der beiden großen Gewerkschaften CGT und CFDT (Confédération française démocratique du travail). Die heutige Krise der französischen Gewerkschaften kann daher mit Ingrid Artus (2010: 466) sowohl als eine «Organisationskrise (nach innen) als auch [eine Krise] gewerkschaftlicher Einflussmacht (nach außen)» verstanden werden.

## **DIE PREKÄRE SITUATION DER FRANZÖSISCHEN GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG**

Deutlichstes Kennzeichen des Niedergangs der französischen Gewerkschaftsbewegung ist ihr geringer Organisationsgrad. Mehr als zwei Millionen Mitglieder sind in den letzten 30 Jahren aus der Gewerkschaft ausgetreten. Ein Trend, der auch aufgrund eklatanter Probleme bei der Organisierung der «neuen Arbeiterklasse» (Spurk 1986: 258 f.) – vor allem Frauen, MigrantInnen und Beschäftigte in prekären Bereichen, insbesondere im Dienstleistungssektor – nicht gestoppt werden konnte. Heute organisieren alle französischen Gewerkschaften zusammen nur noch knapp 2,4 Millionen ArbeitnehmerInnen, was bei rund 23,5 Millionen Lohnabhängigen in etwa einem Organisationsgrad von 7,7 Prozent entspricht.<sup>6</sup> Damit weisen die französischen Gewerkschaften nach denen in der Türkei (6,3%) und Estland (5,7%) den niedrigsten Organisationsgrad aller OECD-Länder auf (OECD 2016). Im Vergleich dazu organisieren die deutschen Gewerkschaften 18,1 Prozent, die skandinavischen Gewerkschaften sogar mehr als 50 Prozent aller Lohnabhängigen. Zwar hinkt dieser Vergleich, können beide Länder doch anders als Frankreich auf eine langjährige korporatistische Tradition in den industriellen Beziehungen zurückblicken. Doch selbst in Ländern wie Italien oder Spanien, die eine ähnliche Form industrieller Beziehungen aufweisen, liegt der Organisationsgrad mit 37,3 bzw. 16,9 Prozent deutlich über dem der französischen Gewerkschaften (ebd.).

Die Mitgliederkrise äußert sich aber nicht nur im Organisationsgrad, sondern auch in der spezifischen Strukturierung der Mitgliedschaft. Von den rund 1,8 Millionen Gewerkschaftsmitgliedern sind rund 13 Prozent bereits verrentet (Adolfatto/Labbé 2012: 344). 41 Prozent sind über 40 Jahre alt, wobei die Gruppe der 50- bis 59-Jährigen, die in den 1980er Jahren in die Gewerkschaft eingetreten sind und bald verrentet werden, stark überrepräsentiert ist. Mitglieder unter 30 Jahren sind mit 3,6 Prozent dagegen kaum in einer Gewerkschaft anzutreffen

5 Das «Loi El Khomri», auch «Loi Travail» genannt, ist die Bezeichnung für eine grundlegende Reform des Arbeitsrechts im Sommer 2016. Sie beinhaltete eine Lockerung der Überstundenregelung und des Kündigungsschutzes, eine Stärkung von Vereinbarungen auf der betrieblichen Ebene sowie eine institutionellen Schwächung der Gewerkschaften und der Arbeitsgerichte (Syrovatka 2016b).

6 Die Datenlage zum Organisationsgrad der französischen Gewerkschaften ist teilweise widersprüchlich. Dies liegt auch daran, welche Mitglieder gezählt werden. Während die OECD, auf dessen Zahlen ich mich im internationalen Vergleich beziehe, nur diejenigen Mitglieder zählt, die im arbeitsfähigen Alter sind, zählt das französische Arbeitsministerium (DARES), auf deren Daten ich mich für die Analyse der Mitgliederstruktur stütze, alle Mitglieder der Gewerkschaften. So spricht die OECD (2016) von einem Organisationsgrad von 7,7 Prozent, während DARES (2016a) ihn auf 11,2 Prozent beziffert. In beiden Datenreihen wird jedoch von einem stabilen Organisationsgrad seit den 1990er Jahren ausgegangen.

(DARES 2016a: 7). Sie sind jedoch von den prekären Arbeitsbedingungen besonders betroffen, etwa von befristeten Einstellungen, die drei Viertel aller Neueinstellungen in Frankreich ausmachen, und arbeiten oft nicht in einem Job, der ihrer Qualifikation entspricht.

Zugleich gibt es eine starke Konzentration von Gewerkschaftsmitgliedern im öffentlichen Dienst, wo mehr als zwei Drittel von ihnen tätig sind. Während dort der gewerkschaftliche Organisationsgrad mit 19,8 Prozent überdurchschnittlich hoch ist (ebd.: 3), sind die Gewerkschaften, mit Ausnahmen von (oftmals ehemals) großen Betrieben in der Automobil-, Luftfahrt- und Chemieindustrie sowie einigen wenigen Banken, Versicherungen und Transportunternehmen, so gut wie nicht in Privatunternehmen aktiv. Nur jeder 20. Mitarbeiter eines privaten Unternehmens ist in Frankreich Mitglied einer Gewerkschaft (Adolfatto/Labbé 2012). Die Privatwirtschaft kann in Frankreich daher als gewerkschaftsfreier Raum gelten. Insbesondere im Dienstleistungsbereich, der vor allem von sogenannten neuen ArbeitnehmerInnen und prekären Beschäftigungsverhältnissen geprägt ist, sind die Gewerkschaften stark unterrepräsentiert. Sowohl in der Baubranche als auch im Restaurant- und Hotelgewerbe sowie in vielen anderen Dienstleistungsbereichen liegt der Organisationsgrad bei deutlich unter 5 Prozent (DARES 2016a: 4); eine Ausnahme bildet allein der Transportsektor mit über 18 Prozent.

Dies hat massive Auswirkungen: Zum einen sind die Arbeitsbedingungen im privaten Sektor deutlich prekärer und ist die Arbeit dort schlechter bezahlt. Zum anderen konzentriert sich gewerkschaftliches Handeln in Frankreich zunehmend auf den öffentlichen Sektor, da die Gewerkschaften dort noch handlungsfähig erscheinen. Dadurch stehen die Gewerkschaften im öffentlichen Diskurs in der Kritik, von den Verhältnissen in den privaten Betrieben nur noch eine vage Ahnung zu haben (Artus 2010). Ihre Forderungen werden in der Öffentlichkeit zunehmend als realitätsfremd zurückgewiesen. Die Mitgliederkrise der Gewerkschaften trägt daher auch zu ihrer Delegitimierung in der politischen Arena und in der Zivilgesellschaft bei.

Um einem vollständigen Legitimationsverlust entgegenzuwirken, vereinbarten die Gewerkschaften mit den Unternehmerverbänden und der konservativen Regierung von François Fillon unter Staatspräsident Nicolas Sarkozy eine Neuregelung des Repräsentationsstatus der Gewerkschaften.<sup>7</sup> Noch vor dem Zweiten Weltkrieg hatte der Staat fünf Gewerkschaften pauschal zugestanden, die Arbeiterschaft zu vertreten. Nun wurde der Repräsentationsstatus an die Ergebnisse der betriebsinternen Wahlen gekoppelt. Die Wahlbeteiligung wird dabei zum Indikator für die Unterstützung der Gewerkschaften, während die jeweiligen Wahlergebnisse den repräsentativen Charakter der einzelnen Gewerkschaften widerspiegeln. Dabei muss eine Gewerkschaft, um als repräsentativ zu gelten, mehr als 10 Prozent der Wählerstimmen erhalten (8% auf Branchenebene). Erst dann ist sie berechtigt, auf betrieblicher Ebene Vereinbarungen mit den Arbeitgebern abzuschließen. Landesweit sind derzeit fünf Gewerkschaften aufgrund ihrer durchschnittlichen Wahlergebnisse in den Jahren 2009 bis 2012 als repräsentativ anerkannt, nehmen am sozialen Dialog teil und schicken VertreterInnen in die selbstverwalteten Gremien.

## DIE ZERSPLITTERTE GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG

Die Repräsentationsfrage berührt ein zweites großes Problem der französischen Gewerkschaftsbewegung. Anders als in Deutschland ist die Arbeiterbewegung traditionell in zwei große Lager gespalten, in einen säkularen sozialistischen Teil und einen katholischen Teil (Pernot 2010a: 70 ff.). Aus diesen beiden Lagern sind nach dem Zweiten Weltkrieg die fünf wichtigsten und vom Staat anerkannten Gewerkschaftsverbände entstanden. Der sozialistische Teil der Arbeiterbewegung wird seither durch den 1895 gegründeten, größten und ältesten Gewerkschaftsverband CGT sowie durch seine mittelgroßen Abspaltungen Force Ouvrier und die Lehrgewerkschaft FEN (Fédération de l'Éducation nationale) repräsentiert. Die christliche Arbeiterbewegung organisierte sich in der 1919 gegründeten CFDT und ihrer Abspaltung CFTC (Confédération française des travailleurs chrétiens).<sup>8</sup> Hinzu kam die 1944 gegründete CGC (Confédération française de l'encadrement),<sup>9</sup> die in erster Linie leitende Angestellte (*cadres*) organisiert. Infolge der Umwälzungsprozesse ab den 1970er Jahren zersplitterte die Gewerkschaftsbewegung weiter. Aus den vorher fünf repräsentativen Gewerkschaftsverbänden<sup>10</sup> wurden in den 1990er und 2000er Jahren acht. So teilte sich die Lehrgewerkschaft FEN in die kämpferische

7 Die Neuregelung hatte unter anderem die Aufweichung der 35-Stunden-Woche zur Folge. Die konservative Regierung hatte gemeinsam mit den Unternehmensverbänden auch Maßnahmen zur Deregulierung der Arbeitszeiten in den Gesetzesentwurf verstecken können und durch einen Trick die beiden großen Gewerkschaften CGT und CFDT zur Zustimmung bewegt. Eine Analyse der Auseinandersetzung um die Neuregelung des Repräsentationsstatus der Gewerkschaften bieten Syrovatka (2016a: 107 ff.) und Vail (2010: 92 ff.)

8 Die CFDT wurde 1919 als CFTC gegründet, gab sich jedoch 1964 ein linksliberales Programm und benannte sich in CFDT um. Daraufhin spaltete sich 1966 der rechte, katholische Flügel der Gewerkschaft ab und gründete die CFTC neu.

9 Die CGC weitete in den 1980er Jahren ihre Repräsentationsbasis von leitenden Angestellten auf technische Angestellte aus. Seitdem nennt sie sich CFE-CGC (Confédération française de l'encadrement - Confédération générale des cadres).

10 CGT, Force Ouvrier, CFTC, CFDT und CGC. Die FEN galt als nicht repräsentativ.

linke FSU (Fédération syndicale unitaire) und die reformistische UNSA (Union nationale des syndicats autonomes). Ebenso spaltete sich der linke Flügel der CFDT Ende der 1990er Jahre ab und gründete den Basisgewerkschaftsverband SUD (Solidaires Unitaires Démocratiques). Nach der Verabschiedung des Repräsentationsgesetzes von 2008 sind jedoch mit der letzten Festlegung 2013 nur die CGT, die CFDT sowie die CFTC, die CFE-CGC und Force Ouvrier landesweit als repräsentativ anerkannt.

Neben den acht großen Gewerkschaftsverbänden existieren noch zahlreiche unabhängige Gewerkschaften, vor allem im privaten Sektor. Da jeder individuell das Recht hat, in den Streik zu treten,<sup>11</sup> ist ein großer Gewerkschaftsverband für die Ausübung des Streikrechts nicht nötig, sondern oftmals sogar hinderlich. Das wurde in den vergangenen Konflikten immer wieder deutlich, in denen die Belegschaften entgegen der öffentlichen Kommunikation und der Absprache mit der Gewerkschaftszentrale streikten. Damit wurde die zögerliche Haltung der großen Gewerkschaftsverbände in den letzten zwei Jahrzehnten des Öfteren unterlaufen, was zugleich zur Zerstückelung der französischen Gewerkschaftsbewegung beigetragen hat (Artus 2010).

Interessanterweise ist parallel zur Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung ein Prozess der Polarisierung zu konstatieren, in dem die grundlegenden Trennungslinien in der französischen Gewerkschaftsbewegung weiterwirken. Anders jedoch als in den Anfangsjahren der französischen Arbeiterbewegung ist es heute weniger der religiöse Aspekt, der trennt, sondern die politische und strategische Ausrichtung. Anhand der beiden größten Gewerkschaftsverbände, die symbolisch für die beiden Strömungen stehen, können die verschiedenen Gewerkschaften heute als links- und konfliktorientiert oder als reformorientiert und korporatistisch charakterisiert werden (Syrovatka 2016a).

Zur Strömung der linken Gewerkschaftsverbände gehört der heute noch größte Gewerkschaftsverband CGT mit rund 700.000 Mitgliedern. Er war früher eng mit der Kommunistischen Partei verbunden, agiert heute jedoch vollständig autonom und hat – bis auf die Klassenkampfrhetorik – nur noch wenige Überschneidungen mit der KPF. Zu den linken Gewerkschaften gehören zudem noch die FSU und die SUD sowie teilweise auch die Force Ouvrier. Gemeinsam ist den linken Gewerkschaften in erster Linie ihr positiver Bezug auf die fordistischen Arrangements der «Trente Glorieuse» sowie eine inhaltlich-strategische Staatszentrierung. Dem Staat wird die Rolle der zentralen Regulierungsinstanz für alle gesellschaftlichen Probleme und Konflikte zugeschrieben. Daher stehen diese Gewerkschaften korporatistischen Regulierungsformen generell kritisch gegenüber und verfolgen eher eine außerparlamentarische und konfrontative Strategie, um ihre Forderungen und Positionen durchzusetzen (ebd.: 200). Die linken Gewerkschaften stehen inhaltlich primär für die Verteidigung und den Ausbau eines binnenmarktgestützten und durch den Sozialstaat flankierten Akkumulationsmodells. Ihre soziale Basis rekrutiert sich in erster Linie aus der traditionellen Industriearbeiterklasse sowie aus den Angestellten des öffentlichen Dienstes und der staatlichen bzw. halbstaatlichen Betriebe.

Demgegenüber verfolgen die reformorientierten Gewerkschaftsverbände eine korporatistische und auf Konsens zielende Strategie des sozialen Dialogs der Konfliktpartner. Angeführt wird diese Strömung innerhalb der Gewerkschaftsbewegung vom zweitgrößten französischen Gewerkschaftsverband CFDT mit rund 650.000 Mitgliedern, der eng mit der Sozialistischen Partei verbunden ist. Sowohl inhaltlich als auch personell existieren zahlreiche Überschneidungen zwischen beiden Akteuren. Der Strömung der reformorientierten Gewerkschaftsverbände gehören noch die CFTC, die CFE-CGC sowie die UNSA an. Ihre soziale Basis rekrutiert sich in erster Linie aus Angestellten in privaten Unternehmen sowie aus leitenden Angestellten in staatlichen und privatwirtschaftlichen Großunternehmen. Die reformorientierten Gewerkschaften sind offen für korporatistische Regulierungsverfahren, korrespondieren diese doch mit ihrer Forderung nach einer Dezentralisierung und Entstaatlichung von Aushandlungs- und Entscheidungsprozessen (ebd.). Sie unterstützen daher eine Ausweitung des sozialen Dialogs auf nationaler und betrieblicher Ebene sowie eine Aufwertung von Kompromissstrukturen. Orientierungspunkt ist dabei das Modell der deutschen Konfliktpartnerschaft. Eine konfrontative und konfliktorientierte Politik wird dagegen von den reformorientierten Gewerkschaften als falsches Signal an die Arbeitgeber abgelehnt.

Beide Strömungen der französischen Gewerkschaftsbewegung haben in der Vergangenheit sowohl außerparlamentarisch – zuletzt bei den Protesten gegen die Rentenreform 2010 – als auch in den nationalen Institutionen des sozialen Dialogs<sup>12</sup> zusammengearbeitet. Doch war diese Zusammenarbeit durch heftige Konflikte über das strategische Vorgehen geprägt, an denen die Intersyndicale,<sup>13</sup> als gesamtgewerkschaftliches

---

11 Das Recht auf Streik ist in Frankreich als individuelles Grundrecht in der Verfassung verankert. Damit ist ein Streik nicht – wie etwa in Deutschland – auf die Organisation durch eine Gewerkschaft angewiesen, sondern kann individuell ausgeübt werden.

12 Mit den Institutionen des sozialen Dialogs sind jene tripartistischen Gremien auf der nationalen Ebene gemeint, in denen Gewerkschaften, Arbeitgeber und der Staat sich zu spezifischen Fragen der Arbeitsbeziehungen, aber auch der sozialen Sicherungen und anderer Themen austauschen und versuchen, Kompromisse zu erzielen. Dies gelang bisher jedoch nur selten.

13 Als Intersyndicale wird das gemeinsame gewerkschaftliche Protestgremium bezeichnet. In diesem treffen sich die VertreterInnen der verschiedenen französischen Gewerkschaften und koordinieren Streiks und Proteste. Zudem wird dort die Verhandlungsstrategie gegenüber der Regierung festgelegt. In der Vergangenheit ist die Intersyndicale aufgrund von Meinungsdivergenzen immer wieder gescheitert, zuletzt bei den Protesten gegen die Rentenreform 2010.

Koordinierungsgremium bei Protesten, immer wieder gescheitert ist. Mit der Wahl von François Hollande zum Staatspräsidenten ist die Polarisierung innerhalb der Gewerkschaftsbewegung noch größer geworden. Dies lag primär daran, dass die CFDT und mit ihr die reformorientierten Gewerkschaftsverbände sich in die Politik der sozialistischen Regierung prominent haben einbinden lassen, was ihren politischen Einfluss gestärkt hat. Dadurch ist aber das Verhältnis zu den linken Gewerkschaftsverbänden, die die Reform- und Wirtschaftspolitik der Regierung generell abgelehnt hatten, deutlich abgekühlt. Zuletzt eskalierte der Konflikt zwischen der CFDT und der CGT, nachdem die CFDT sowohl das «Loi Macron»<sup>14</sup> als auch die Arbeitsrechtsreform «Loi El Khomri» befürwortete und den Kurs der sozialistischen Regierung massiv unterstützte (Syrovatka 2016b). Seither mobilisieren beide Strömungen zu zwei verschiedenen 1.-Mai-Demonstrationen und treten nicht mehr gemeinsam in der Öffentlichkeit in Erscheinung.

Die Zersplitterung und die Polarisierung sowie die damit verbundenen zahlreichen Konflikte lähmen die französischen Gewerkschaften, schwächen ihre Position in den Verhandlungen mit den Arbeitgebern und der Regierung. Vor allem die Unternehmer haben nach Jahren des Streits untereinander mit dem Arbeitgeberverband MEDEF eine schlagkräftige Interessenvertretung geschaffen, die mit aller Deutlichkeit eine neoliberale Reformstrategie und einen gewerkschaftsfeindlichen Kurs vertritt (Woll 2006).

## VERTEIDIGUNGSKÄMPFE UND POLITISCHE BEDEUTUNG

Die französischen Gewerkschaften sind mit den politökonomischen Umwälzungsprozessen ab den 1980er Jahren in die Defensive geraten. Die letzte große Errungenschaft war die Einführung der 35-Stunden-Woche vor fast 20 Jahren – die nur kurze Zeit später verwässert wurde und nach unzähligen Reformen und Ausnahmeregelungen nur noch auf dem Papier existiert. Ansonsten hatten die sozialen Auseinandersetzungen der französischen Gewerkschaften seit den 1990er Jahren ausschließlich den Charakter von Abwehrkämpfen, die sich gegen einen Abbau des Sozialstaats und von Arbeitnehmerrechten richteten. Progressive Ideen zur Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft, die über die bestehenden Regelungen hinausgehen, waren dagegen nicht mehr Gegenstand von gewerkschaftlichen Protesten.

Das macht die Erosion der gewerkschaftlichen Position im politischen System Frankreichs besonders deutlich. Waren die Gewerkschaften bis in die 1970er Jahre hinein ein wichtiger *policy maker*, der zentrale Themen und Ideen auf die politische Agenda setzte, so wurden die Gewerkschaften mit den Transformationsprozessen und der wirtschaftspolitischen Prioritätenverschiebungen der 1980er Jahre aus dem Elitendiskurs verbannt. Die verschiedenen Strömungen der Gewerkschaftsbewegung antworteten darauf auf unterschiedliche Weise.

Die reformorientierten Gewerkschaftsverbände suchten aus der Defensive vermehrt den Dialog mit den Arbeitgebern und der Regierung und waren dafür auch bereit, schmerzhaft Entscheidungen mitzutragen. Dies führte in der Vergangenheit zu der paradoxen Situation, dass die reformorientierten Gewerkschaften Sozialabbau und zahlreichen Einschränkungen von Arbeitnehmerrechten zugestimmt und öffentlich legitimiert haben, auch mit dem Ziel, den Anschein zu erwecken, immer noch über einen starken Einfluss auf die Regierungspolitik zu verfügen (Andolfatto/Labbé 2016; Syrovatka 2016a).

Die linken Gewerkschaften dagegen verfolgen weiter ihre Strategie der Konfrontation und des Konflikts. Auf Reformvorschläge zum Abbau von Arbeitnehmerrechten und sozialstaatlichen Leistungen reagierten sie mit Streik und Protestmobilisierung. Dies hatte in den vergangenen drei Jahrzehnten immer wieder Erfolg und konnte eine neoliberale Transformation der Arbeits- und Sozialpolitik, wie sie etwa in anderen europäischen Ländern durchgesetzt wurde, verhindern (Syrovatka 2016a). In den letzten Jahren zeigte sich der Staat jedoch zunehmend resistent gegenüber gesellschaftlichen Protesten. Der «republikanische Konsens», wonach die Regierenden ihre Projekte zurückziehen, wenn sich der Demos massenhaft auf der Straße zeigt, wird spätestens seit Ende der 2000er Jahre immer wieder infrage gestellt (Oberndorfer 2016). Seitdem läuft die konfrontative Strategie der linken Gewerkschaften zunehmend ins Leere. Zugleich verhindert die Fokussierung darauf, die erkämpften sozialen Errungenschaften zu erhalten, die Entwicklung einer progressiven Zukunftsvision und alternativer Politikkonzepte. Deswegen werden die linken Gewerkschaften inzwischen im öffentlichen Diskurs oft als gesellschaftliche Minderheit von «Ewiggestrigen» bezeichnet, die sich gegen die notwendige Modernisierung des Landes sträuben. Eine progressive Rolle in diesem Prozess wird ihnen weder zugetraut noch zugesprochen. In der öffentlichen Meinung haben alle Gewerkschaften stark an Ansehen verloren. 65 Prozent der französischen Bevölkerung haben eine schlechte Meinung von Gewerkschaften, und mehr als die Hälfte traut

---

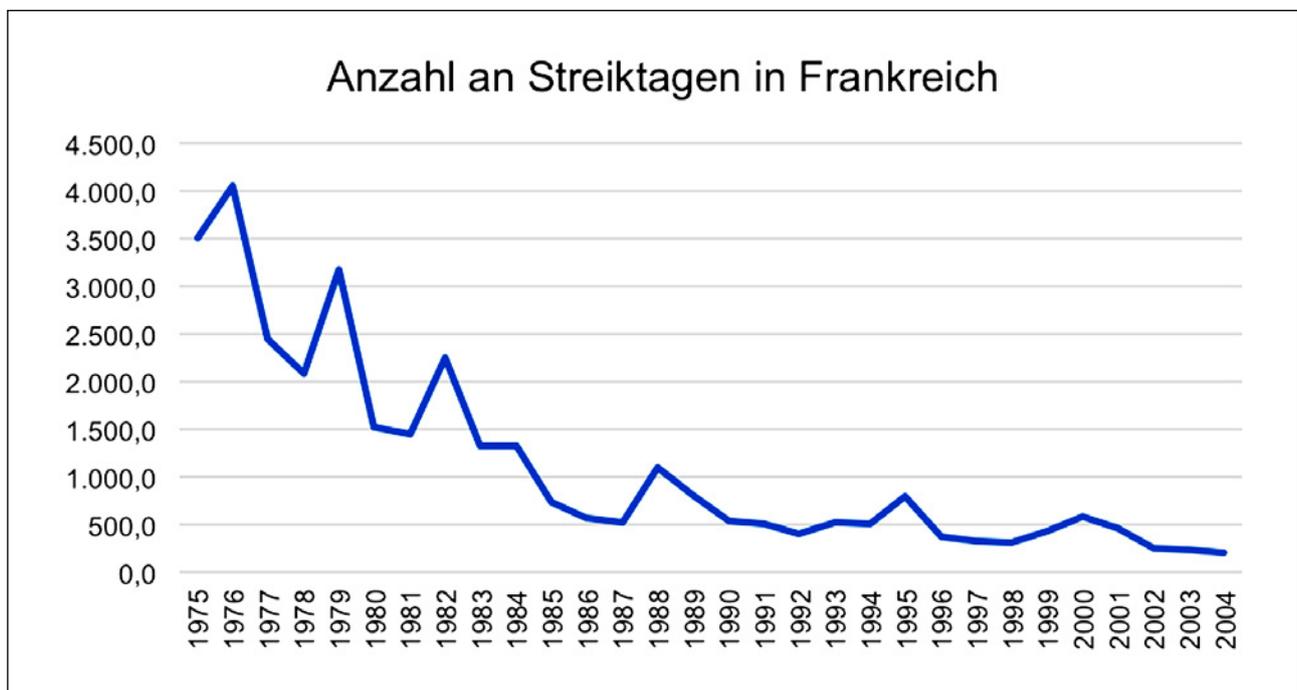
<sup>14</sup> Das «Loi Macron» war ein Gesetzespaket des damaligen Wirtschaftsministers und heutigen Präsidentschaftskandidaten Emmanuel Macron, das in erster Linie eine Lockerung des Kündigungsschutzes, die Schwächung der Gewerkschaften sowie ein ambitioniertes Liberalisierungs- und Deregulierungsprogramm enthielt (vgl. Syrovatka 2016a).

ihnen nicht zu, die Interessen der ArbeitnehmerInnen zu vertreten (ODOXA 2016) – fatale Werte für Gewerkschaften.

Der Rückgang gesellschaftlicher Diskursmacht, die Aufkündigung des «republikanischen Konsenses» durch die Regierenden sowie die immer prekärer werdenden Arbeitsverhältnisse haben in den vergangenen Jahren die Mobilisierungsfähigkeit der Gewerkschaften verringert. Zwar mögen die Teilnehmerzahlen an gewerkschaftlichen Demonstrationen für deutsche BeobachterInnen immer noch beeindruckend sein, doch waren die Proteste gegen die Arbeitsrechtsreform im Sommer 2016 im Vergleich zu denen gegen die Rentenreform 2010 oder gar denen gegen die Sozialstaatsreformen Anfang der 1990er Jahre deutlich geringer. Damals waren noch landesweit und regelmäßig mehr als fünf Millionen Menschen auf der Straße. Im Sommer 2016 waren es dagegen nur noch rund 1,3 Millionen, und das auch nur bei einer Demonstration. Zugleich fällt es den Gewerkschaften immer schwerer, die eigenen Mitglieder zu begleitenden politischen Streiks zu motivieren. Waren flächendeckende Generalstreiks in den vergangenen Jahrzehnten ein wichtiges Mittel, um bei politischen Protesten den Druck auf die Regierung zu erhöhen, so ist heute die landesweite Arbeitsniederlegung nur noch selten und nicht mehr im gleichen Ausmaß wie in den 1990er Jahren zu beobachten.

Dies zeigte sich bei den Protesten gegen das «Loi El Khomri» im Sommer 2016 in aller Deutlichkeit. Die begleitenden Streiks fanden vorrangig in jenen Branchen und Betrieben statt, in denen die linken Gewerkschaften noch verankert sind, das heißt hauptsächlich in den zentralen staatlichen oder ehemals staatlichen Infrastrukturbetrieben. Zudem waren die meisten Streiks primär durch sektorale Forderungen motiviert. Die Streiks der LKW-FahrerInnen oder die im Fernbahnverkehr hatten nur sekundär und indirekt mit den Protesten gegen die Arbeitsrechtsreformen zu tun. Trotz der Konzentration auf zentrale Infrastrukturunternehmen blieb die Wirkung der Streiks und Blockaden auf die Wirtschaft begrenzt. Der Streik konnte den Geschäftsablauf in den Betrieben meist nur punktuell stören, verlief oftmals im Sand oder musste schon nach wenigen Tagen aufgrund zu geringer Beteiligung aufgegeben werden.

Doch nicht nur bei großen Protestereignissen zeigte sich die abnehmende Mobilisierungs- und Streikfähigkeit vor allem der linken Gewerkschaftsverbände, sondern auch bei Arbeitskämpfen. Entgegen dem weitverbreiteten Mythos vom «Streikland Frankreich» ist die Anzahl der Streiktage stark rückläufig. Fielen zwischen 1970 und 1988 im Jahr durchschnittlich 147 Arbeitstage pro 1.000 ArbeitnehmerInnen aufgrund von Streiks aus, so waren es im Jahr 2014 nur noch 15 Arbeitstage (DARES 2016b). Insgesamt wurde 2014 in nur 1,4 Prozent aller Unternehmen mit mehr als zehn MitarbeiterInnen gestreikt. Damit weist das heutige Frankreich eine der niedrigsten Streikraten in der Geschichte der V. Republik auf.



Quelle: Ministère du Travail, de l'Emploi, de la Formation Professionnelle et du Dialogue Social

Weniger Streiktage spiegeln nicht nur die Schwäche der Gewerkschaften wider, sondern machen zugleich deutlich, dass sich das französische System der industriellen Beziehungen im Umbruch befindet und sich dem «deutschen Modell» annähert, einem dialogorientierten Verfahren mit Schwerpunkt in den Betrieben.

Damit stehen die französischen Gewerkschaften vor einem Dilemma. Zwar unterstützen in erster Linie die reformorientierten Gewerkschaften den Transformationsprozess, doch auch sie haben mit schwindenden Mitgliederzahlen und einer nur geringen betrieblichen Verankerung zu kämpfen. Zudem ist es mit Blick auf die französische Kultur der industriellen Beziehungen fraglich, ob eine gewerkschaftliche Politik des sozialen Dialogs, wie sie in Deutschland seit dem Ersten Weltkrieg verfolgt wird, auf lange Sicht in Frankreich funktionieren kann. Die französischen Unternehmen waren selbst in Krisenzeiten nur selten bereit, einen Dialog mit den Gewerkschaften auf Augenhöhe zu führen. Auf Dauer kann eine solche Politik den Gewerkschaften eher schaden. Dies zeigt sich jetzt schon in den Institutionen des sozialen Dialogs, in denen die Gewerkschaften mit den ArbeitnehmerInnen und auf nationaler Ebene noch mit dem Staat zusammenarbeiten. Augenfällig ist auf beiden Dialogebenen die geringe gewerkschaftliche Fähigkeit zur Initiative. Auf der staatlichen Ebene beschränken sich die gewerkschaftlichen Aktivitäten darauf, die von der Politik getroffenen Entscheidungen zu begleiten. Nur in den seltensten Fällen können die Gewerkschaften noch auf den Gesetzgebungsprozess Einfluss nehmen, meist bleibt es bei der Änderung von Gesetzesdetails. Und auf der Unternehmensebene haben die Verhandlungen oftmals den Charakter «gesetzlicher Pflichtübungen» (Pernot 2010a), die aufgrund der geringen gewerkschaftlichen Verankerung in den Betrieben von den Arbeitgebern dominiert werden.

Auf der anderen Seite haben die Erfahrungen der letzten Auseinandersetzungen deutlich gemacht, dass eine konfrontative Strategie der Gewerkschaften zunehmend ins Leere läuft und keinen Widerhall in den politischen Institutionen und betrieblichen Gremien findet. Militante Aktionen, vor allem auf betrieblicher Ebene, waren oftmals nur Ausdruck der Schwäche der Gewerkschaften und der Versuch, die Arbeitgeber an den Verhandlungstisch zu zwingen (Hayes 2012). Bosnapping, Betriebsblockaden oder andere militante Aktionen dienen in erster Linie dazu, medial Aufsehen zu erregen, die Arbeitgeber unter Druck zu setzen und die Regierung zum Einlenken zu bewegen.

Die in den letzten Jahren fehlenden Erfolge sowohl auf betrieblicher als auch auf staatlicher Ebene stellen die Konfrontationsstrategie zunehmend infrage. Anders als 1995, als die Sozialreformen der Regierung Juppé durch eine massive Straßenmobilisierung und eine umfangreiche Streikbewegung in den Betrieben verhindert werden konnten, scheint die konfliktive Strategie der linken Gewerkschaften unter den gegebenen Kräfteverhältnissen nicht mehr erfolgreich zu sein. Die Transformation des Lohnfindungssystems sowie die Dezentralisierung arbeitsrechtlicher Entscheidungen zwingen auch die linken Gewerkschaften zunehmend dazu, den Staat als zentralen Ansprechpartner aufzugeben. In den linken Gewerkschaften wird über diese grundlegende Frage der strategischen Orientierung heftig gestritten, nicht zuletzt in der CGT.

## **HERAUSFORDERUNGEN UND PERSPEKTIVEN**

Die französischen Gewerkschaften stehen vor großen Herausforderungen. Die wirtschaftspolitischen Umwälzungen seit den 1980er Jahren haben die Rolle der Gewerkschaften und ihre Funktion grundlegend infrage gestellt. Der Mitgliederschwund und der Umbruch im System der industriellen Beziehungen schränken ihre politische Handlungsfähigkeit stark ein. Durch ihre organisatorische Zersplitterung und ihre geringe betriebliche Verankerung haben die Gewerkschaften den Rückhalt in der Gesellschaft verloren.

Eine Revitalisierung der Gewerkschaftsbewegung muss daher notwendigerweise an der Erneuerung der gewerkschaftlichen Basis ansetzen. Um aus der Defensive herauszukommen, müssen die Gewerkschaften wieder Repräsentant der französischen Arbeiterklasse werden. Derzeit entspricht die soziale Zusammensetzung der Gewerkschaften nicht annähernd derjenigen der französischen Arbeitnehmerschaft. Vor allem die «neuen» ArbeitnehmerInnen, die oftmals unter äußerst prekären Verhältnissen arbeiten, sind in den französischen Gewerkschaftsverbänden unterrepräsentiert. Damit eine Einbindung dieser ArbeitnehmerInnen gelingen kann, müssen die französischen Gewerkschaften ihre Konzentration auf arbeitsweltliche Nischen wie dem Staatsdienst aufgeben und versuchen, durch Organisationsanstrengungen neue Mitglieder auch jenseits staatlicher Betriebe und Bürokratien zu gewinnen. Solche Aktivitäten – wie beispielsweise das Organizing der deutschen oder US-amerikanischen Gewerkschaften – sind bisher in Frankreich relativ unbekannt.

Einen ersten vorsichtigen Versuch, aus dem eigenen Organisationsmilieu auszubrechen, gab es vonseiten der linken Gewerkschaften bei den Protesten gegen das «Loi El Khomri», als sie den Kontakt zu Akteuren aus den sozialen Bewegungen suchten. Eine stärkere Zusammenarbeit zwischen den beiden zentralen Protestakteuren in Frankreich birgt die Chance für die Gewerkschaften, neue gesellschaftliche Milieus zu gewinnen und gesellschaftliches Ansehen zurückzuerlangen. Zugleich bieten sich neue strategische Möglichkeiten für

kommende Auseinandersetzungen an und eventuell auch eine Gelegenheit für eine inhaltlich-strategische Erneuerung.

Grundsätzlich benötigt eine Erneuerung der französischen Gewerkschaften jedoch eine Neuordnung der zwi- schengewerkschaftlichen Beziehungen. Die starke Fragmentierung und die öffentlichen Auseinandersetzungen zwischen den Gewerkschaften haben gegenwärtig eine neue Qualität erreicht. Sie lähmen die gewerk- schaftliche Interessenvertretung und schrecken die Beschäftigten ab. Zugleich schwächt das unkoordinierte Vorgehen die Forderungen aller Gewerkschaftsverbände und schadet den Interessen der ArbeitnehmerInnen. Bei den Protesten gegen das «Loi El Khomri» hat sich erneut gezeigt, dass ein Generalstreik nur erfolgreich sein kann, wenn die beiden größten Gewerkschaften, CGT und CFTD, kooperieren. Das gilt auch für Verhandlungen auf betrieblicher und staatlicher Ebene. Diese offensichtliche Tatsache sollte die beiden größten Gewerkschaften mittelfristig dazu bewegen, eine stärkere Zusammenarbeit trotz aller Differenzen zu forcieren.

Die Krise der Gewerkschaften ist aber nicht nur Spiegel ihrer strategischen und organisatorischen Defizite, sondern auch Ausdruck einer allgemeinen Schwäche der französischen Linken. Seit dem Ende der «Trente Glorieuse» hat sie es nicht geschafft, wieder gesellschaftlich in die Offensive zu kommen. Die Linke in Frankreich ist nach wie vor marginalisiert und nicht in der Lage, ein gemeinsames progressives Projekt gesellschaftlicher Erneuerung zu formulieren, das sie über machtstrategische Fragen hinaus vereinen könnte und das gesell- schaftlich attraktiv wäre. Die Entwicklung einer solchen Utopie ist gerade vor dem Hintergrund des Aufstiegs von Marine Le Pen und der damit verknüpften politischen Ideen wichtiger denn je (Syrovatka 2015). Ein solches Projekt müsste nicht nur die neoliberale Sozial- und Wirtschaftspolitik grundlegend infrage stellen, sondern ebenso Antworten auf kommende Herausforderungen geben und einen motivierenden sozialen Mythos ent- falten (Bieling/Steinhilber 2000). Kern eines solchen Projekts müsste ein neues Akkumulationsmodell mit einer sozialökologischen Industriepolitik sein, eingerahmt von der Entwicklung partizipativer demokratischer Struk- turen. So könnten die linken Kräfte in Frankreich gebündelt und große Bevölkerungsgruppen wieder in den politischen Prozess miteinbezogen werden. Das wäre die Voraussetzung für eine Erneuerung der politischen Linken und der mit ihr traditionell verbundenen Gewerkschaftsbewegung. Ein solches Projekt ist derzeit jedoch nicht in Sicht.

Vielmehr deutet vieles darauf hin, dass die Abwehrkämpfe nach den Präsidentschaftswahlen im April/Mai 2017 weitergehen werden. Die Wahlprogramme des konservativen Kandidaten François Fillon ebenso wie dasjenige von Emmanuel Macron sehen sowohl tiefe Einschnitte im öffentlichen Sektor als auch einen massiven Abbau des Sozialstaats vor. Zugleich fordern beide aussichtsreichen Kandidaten eine weitere Beschneidung von Arbeitnehmerrechten. Die Gewerkschaften verstehen den bisherigen Wahlkampf daher als Kampfansage. Der CGT-Vorsitzende Philippe Martinez attackierte offen die Präsidentschaftskandidaten Macron und Fillon, aber auch den sozialistischen Kandidaten Benoît Hamon und kritisierte, sie hätten von der Wirklichkeit der Ar- beitswelt keine Ahnung (Les Echo, 16.1.2017: 7). Die Rücknahme der Arbeitsrechtsreformen ist die zentrale Forderung der CGT im aktuellen Präsidentschaftswahlkampf.

Trotzdem haben es alle Gewerkschaftsverbände abgelehnt, eine Wahlempfehlung abzugeben. Anders als im Jahr 2012, als die CGT offen zur Wahl von François Hollande aufgerufen hatte, sind die Gewerkschaften nun deutlich zurückhaltender. Zwar gibt es bei den linken Gewerkschaften große Sympathien für den Kandidaten der linken Wahlplattform «France insoumise», Jean-Luc Mélenchon, sowie für Benoît Hamon, mit dem auch die Force Ouvrier sympathisiert, und die reformorientierten Gewerkschaften zeigen Sympathien für den Kandi- daten der Bewegung «En Marche!», Emmanuel Macron. Jedoch werden solche Sympathien nur selten direkt und wenn, dann nur punktuell anhand bestimmter thematischer Forderungen geäußert.

Einig sind sich die französischen Gewerkschaften in ihrer Ablehnung des Front National. Alle Gewerkschafts- verbände appellieren an die BürgerInnen, Marine Le Pen nicht zu wählen. Der Front National wird aufgrund sei- ner gewerkschafts- und arbeitnehmerfeindlichen Programmatik als gemeinsamer Feind der Gewerkschaften angesehen. Dennoch schafft er es zunehmend, auch GewerkschafterInnen für seine Politik zu mobilisieren. Hier liegt die wohl größte Herausforderung für die französischen Gewerkschaften im kommenden Präsident- schaftswahlkampf: Sie müssen deutlich machen, dass die Politik des Front National den Interessen der Ar- beitnehmerInnen zuwiderläuft und den GewerkschafterInnen nur schaden würde. Sollte Marine Le Pen in die Stichwahl kommen, haben alle Gewerkschaften bereits starken Protest angekündigt. Ein gemeinsames Han- deln der französischen Gewerkschaftsverbände wird dann auch nötig sein.

## LITERATUR

**Andolfatto, Dominique/Labbé, Dominique (2006):** La Transformation des syndicats français. Vers un nouveau «modèle social»? , in: *Revue française de science politique* 56(2), S. 281–297.

**Andolfatto, Dominique/Labbé, Dominique (2009):** Toujours moins! Déclin du syndicalisme à la française. *Le débat*, Paris.

**Andolfatto, Dominique/Labbé, Dominique (2012):** The future of the French trade unions, in: *Management Revue* 23(4), S. 341–352.

**Andolfatto, Dominique/Labbé, Dominique (2016):** Un printemps social français, in: *Le Débat* 191(4), S. 67.

**Apel-Muller, Patrick (1990):** Les petits papiers du patronat, in: *Humanité*, 3.3.1990, S. 4.

**Artus, Ingrid (2010):** Die französischen Gewerkschaften in der Wirtschaftskrise: Zwischen Dialogue Social und Basismilitanz, in: *WSI Mitteilungen* 63(9), S. 465–472.

**Bieling, Hans-Jürgen/Steinilber, Jochen (2000):** Hegemoniale Projekte im Prozeß der europäischen Integration, in: Bieling, Hans-Jürgen/Steinilber, Jochen (Hrsg.): *Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie*, Münster, S. 102–130.

**Boltanski, Luc/Chiapello, Ève (2001):** *Le nouvel esprit du capitalisme*. NRF essais, Paris.

**DARES (2016a):** La syndicalisation en France. DARES analyses, Paris.

**DARES (2016b):** Les grèves en 2014. DARES résultats, Paris.

**Delbar, Catherine/Léonard, Evelyne (2002):** Le travail intérimaire, in: *Courrier hebdomadaire du CRISP* 33(1778), S. 127–139.

**Glucksmann, André (1975):** *La Cuisinière et le Mangeur d'hommes*. Essai sur l'Etat, le marxisme, les camps de concentration, Paris.

**Hayes, Graeme (2012):** Bossnapping. Situating repertoires of industrial action in national and global contexts, in: *Modern & Contemporary France* 20(2), S. 185–201.

**Hege, Adelheid/Dufour, Christian (2009):** Betriebliche Gewerkschaftsvertreter ohne Gewerkschaftsbindung? Das Paradox der zunehmend gewerkschaftlich organisierten Comités d'entreprise in Frankreich, in: *Industrielle Beziehungen* 16(2), S. 154–178.

**Howell, Chris (2009):** The transformation of French industrial relations. Labour representation and the state in a post-dirigiste era, in: *Politics & Society* 37(2), S. 229–256.

**Oberndorfer, Lukas (2016):** Europa und Frankreich im Ausnahmezustand? Die autoritäre Durchsetzung des Wettbewerbsstaats, in: *Prokla* 46(185), S. 561–581.

**ODOXA (2016):** Le Syndicale français. Sondage pour «le Parisien» et «Aujourd'hui en France», Paris.

**OECD (2016):** *Trade Union Density*, Paris.

**Pernot, Jean-Marie (2010a):** *Die Gewerkschaften in Frankreich. Geschichte, Organisation, Herausforderungen*, Berlin.

**Pernot, Jean-Marie (2010b):** *Syndicats. Lendemain de crise?*, Paris.

**Schmalz, Stefan/Dörre, Klaus (2014):** Der Machtressourcenansatz: Ein Instrument zur Analyse gewerkschaftlichen Handlungsvermögens, in: *Industrielle Beziehungen* 21(3), S. 217–237.

**Schmidt, Vivien (2002):** The Futures of European Capitalism, Oxford/New York.

**Spurk, Jan (1986):** Soziologie der französischen Arbeiterbewegung, Berlin.

**Syrovatka, Felix (2015):** Der Aufstieg der Madame Le Pen. Die Strategie der Front National im Europawahlkampf, in: Prokla 45(3), S. 387–409.

**Syrovatka, Felix (2016a):** Die Reformpolitik Frankreichs in der Krise, Wiesbaden.

**Syrovatka, Felix (2016b):** Nuit Debout: Frankreich gerät in Bewegung!, in: Prokla 46(2), S. 317–323.

**Syrovatka, Felix (2016c):** Zwischen Utopie und Widerstand. Die Sozialproteste in Frankreich, in: LuXemburg Online, unter: [www.zeitschrift-luxemburg.de/zwischen-utopie-und-widerstand-die-sozialproteste-in-frankreich/](http://www.zeitschrift-luxemburg.de/zwischen-utopie-und-widerstand-die-sozialproteste-in-frankreich/).

**Vail, Mark I. (2010):** Recasting Welfare Capitalism. Economic Adjustment in Contemporary France and Germany, Philadelphia.

**Woll, Cornelia (2006):** La réforme du Medef. Chronique des difficultés de l'action collective patronale, in: Revue française de science politique 56(2), S. 255.